



Presseschau vom 05.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Sergei Axionow: **Warum Russlands Sonne jetzt über Afrika aufgeht**

Die traditionell antikolonialistische Afrika-Außenpolitik Russlands erhält nun auch wirtschaftliche Grundlagen. Auf die sehr erfolgreiche diplomatische Afrika-Tour des russischen Außenministers Lawrow hin können die westlichen Eliten nur machtlos keifen und Sanktionen verhängen. ...

<https://kurz.rt.com/33uc> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Scott Ritter über Pelosis Taiwan-Provokation, die Folgen und womit Baerbock ihn zum Lachen bringt (Video)**

Scott Ritter hat das spektakulärste Ereignis der letzten Tage kommentiert: den Taiwan-Besuch von Nancy Pelosi. Er hält es für unvermeidbar, dass China als Reaktion darauf Taiwan unter vollständige Regierungskontrolle bringen wird. Es sei die größte Dummheit gewesen, die die USA jemals getan hätten. Was bleibt, ist die Wahl zwischen Demütigung und Atomkrieg. ...

<https://kurz.rt.com/344r> bzw. [hier](#)

Thomas Frank: **Kommt bald der Klima-Lockdown?**

Abseits von Energie- und Ukraine Krise. Die Corona-Lockdowns haben gezeigt, dass sich der Staat nicht vor rigorosen Einschränkungen von Bürgerrechten scheut, wenn es um die "Sache" geht. Der eigentliche Horror könnte uns noch bevorstehen, dann nämlich, wenn der "Klima-Lockdown" ausgerufen wird, was die Grünen wohl in kollektive Ekstase versetzen würde. Das Thema haben viele noch nicht auf dem Schirm, aber es wird aktuell werden – garantiert!

...

<https://kurz.rt.com/33yz> bzw. [hier](#)

Robert Inlakesh: **"Gestohlenes Getreide" – Kiews beweislose Anschuldigungen verschärfen Lebensmittelkrise im Libanon**

Der Libanon leidet unter einer beispiellosen Lebensmittelkrise. Gleichzeitig blockiert die Ukraine eine Lieferung von Mehl und Weizen in das Land. Kiews Haltung zwingt dem Libanon weiteres Leid auf und macht Grundnahrungsmittel zu einem Damoklesschwert. ...

<https://kurz.rt.com/345j> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Der "Fleischwolf" von Peski: Wie die ukrainische Führung ihre Soldaten opfert**

"Die Artillerie ist der Gott des Krieges", sagen die Russen, und die russische Artillerie zermalmt seit Tagen die befestigten Stellungen vor Donezk. Die ukrainischen Truppen dort werden von ihrer eigenen Führung im Stich gelassen. Eine weitere unnötige Tragödie. ...

<https://kurz.rt.com/346c> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Gegenwehr: Kampagne für Energiekostenboykott in Großbritannien**

"Zahle nicht" lautet die Überschrift für eine Kampagne in Großbritannien, die eine Senkung der Energiepreise erzwingen will. Die nur über das Internet organisierte anonyme Gruppe hat inzwischen viel Aufmerksamkeit erregt. ...

<https://kurz.rt.com/3478> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: **Kliniken behandeln immer weniger Patienten – doch der Anteil der**

COVID-Fälle wächst seit Impfbeginn

Der Herbst rückt näher und damit ein neues Infektionsschutzgesetz. Erneut will die Bundesregierung repressive Maßnahmen unter anderem von der Auslastung der Kliniken abhängig machen. Doch die Patientenzahlen sinken in Wahrheit. Nur der Anteil schwer kranker Corona-Patienten steigt seit Beginn der Impfungen. ...

<https://kurz.rt.com/345t> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:57 de.rt.com: **War Habecks "feministische Außenpolitik" umsonst? Katar wird kein Gas liefern**

Da hat auch der Hofknicks für das Foto des Jahres im März nichts genutzt: Katar wird der Bundesregierung kein Gas zur Verfügung stellen. Für Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wird es allmählich eng.

Droht Deutschland der Gas-Kollaps? Robert Habecks Gas-Deal mit Katar ist jedenfalls vom Tisch. Laut einem Artikel vom Focus zeigt sich, dass deutsche Unternehmen bislang keine Verträge zu Gaslieferungen mit Katar abgeschlossen haben. Bereits am Wochenende [äußerte](#) sich der grüne Wirtschaftsminister kleinlaut gegenüber der „Bild“:

"Die Kataris haben sich entschieden, kein gutes Angebot zu machen."

Doch von Anfang an stand fest: Vor Mitte der 2020er Jahre könne der kleine Wüstenstaat sowieso nicht liefern, feste Zusagen gab es aber auch diesbezüglich nicht. Katar wollte offenbar auch nicht als "Lückenfüller" dienen, denn auch dort hat sich herumgesprochen, dass in Deutschland mittel- und langfristig viele Unternehmen auf erneuerbare Energien setzen bzw. setzen müssen.

Für Habeck wird es nun allmählich eng. Nach wie vor wird zwar an den LNG-Terminals für US-amerikanisches Flüssiggas gebaut – ein teurer und langfristiger Vorgang. Die Liefermengen für Erdgas aus Norwegen und den Niederlanden sind bereits am Limit. Der EU-Vertrag über [Gas-Lieferungen](#) mit der Vorzeigedemokratie Aserbaidschan, den EU-Chefin Ursula von der Leyen im Juli mit dem kriegsführenden Land abgeschlossen hat, wird für die deutsche Wirtschaft auf jeden Fall zu wenig sein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ebf52a48fbef6dd506771a.jpg>

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Mohamed Jameel Al Ramahi (l.), CEO der Abu Dhabi Future Energy Company (Masdar), besuchen eine große Solaranlage. Abu Dhabi, 21. März 2022

19:59 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Dorf Klimowo im Gebiet Brjansk**

Der Gouverneur des russischen Gebiets Brjansk, Alexander Bogomas, teilte in seinem Telegramkanal mit, dass das Dorf Klimowo von der ukrainischen Seite beschossen worden sei. Er schrieb:

"Heute Abend wurde das Dorf Klimowo von der ukrainischen Seite aus beschossen. Alle Einsatzkräfte sind derzeit vor Ort."

Klärenden Informationen zufolge wurde ein Totschka-U-Raketensystem von der Ukraine aus auf das Gebiet des Dorfes Klimowo abgeschossen.

Wegen des rechtzeitigen Einsatzes der russischen Luftabwehrkräfte konnte die Rakete abgeschossen werden, wobei ihre Fragmente zivile Infrastrukturen trafen. Mehrere Haushalte, eine Getreidesammelstelle einer Bäckerei, die Verglasung einer Schule und ein Fahrzeug wurden von außen beschädigt.

Unter den Zivilisten gibt es zwei Verletzte mit leichten Schrapnellwunden. Sie erhalten die notwendige medizinische Versorgung. Die operativen Dienste arbeiten weiter an dem Standort, so Bogomas.

20:41 de.rt.com: **US-Streitkräfte simulierten Ernstfall: Reaktion auf Angriff mit Hyperschallraketen trainiert**

Die USA haben ihre Truppen auf die Folgen eines möglichen Angriffs mit Hyperschallraketen auf amerikanische Städte vorbereitet. An der Übung "Dense Urban Terrain" (DUT) nahmen in der vergangenen Woche Mitglieder der US-Nationalgarde sowie zahlreiche militärische und zivile Stellen teil.

Sie fliegen schneller als der Schall, überlisten die gegnerische Flugabwehr und können zudem auch Nuklearwaffen tragen. Hyperschallraketen stellen nicht nur eine reelle Gefahr dar, sie lassen dem angegriffenen Staat angesichts ihrer fortschrittlichen Technik auch nur wenig Zeit, schützende Gegenmaßnahmen zu initiieren. In einer Übung wurden die US-Streitkräfte in der vergangenen Woche deshalb auf den Umgang mit den Folgen eines möglichen ABC-Angriffs mit Hyperschallraketen auf US-Städte vorbereitet.

Eine Hyperschallrakete mit mehr als fünffacher Schallgeschwindigkeit schlägt in ein Stadion in der US-Stadt Philadelphia ein und hinterlässt einen strahlenden Trümmerhaufen. Menschen laufen umher, sind schwer verletzt und schreien. Hunderte von US-Militärangehörigen und Rettungskräften wollen helfen. Das düstere Szenario, das sich vergangene Woche in Philadelphia abspielte, war nicht real. Alle Opfer waren Schaufensterpuppen oder Schauspieler, die Make-up trugen, um Verletzungen im Rahmen einer ehrgeizigen Trainingsübung für Hunderte von Militärangehörigen und Ersthelfern zu simulieren.

Die US-Army National Guard Task Force 46, eine Spezialeinheit des US-Heimatschutzes, die nur durch eine Erklärung des Präsidenten aktiviert werden kann und die militärischen Einsatzkräfte im Fall chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Katastrophenfälle befehligen soll, arbeitete mit Ersthelfern aus Philadelphia und fünf Krankenhäusern der Stadt zusammen, um einen Angriff auf heimischem Boden durch ein Land mit ähnlichen militärischen Fähigkeiten zu simulieren.

"Wir sprechen von Amerikas schlimmstem Tag", erklärte Oberstleutnant Brian Higgins, der die dreitägige Übung leitete, gegenüber Pressevertretern. An der Übung namens "Dense Urban Terrain" (DUT) waren neben 150 Rollenspielern, die falsche Wunden trugen und mögliche Symptome eines chemischen, biologischen oder nuklearen Angriffs nachstellten, zudem rund 400 Angehörige der US-Armee sowie 150 Angehörige der örtlichen Feuerwehr und Polizei beteiligt.

"Dies ist eine Gelegenheit, aus erster Hand mit einigen der besten Ersthelfer der Welt zu trainieren, die dies tagtäglich tun", sagte Colonel Chris McKinney, Stabschef der Task Force 46. Seit 2018 ist die Task Force 46, die 2013 gegründet wurde, in den USA für die Organisation der jährlichen DUT-Übungen zuständig, von denen einige auch ein COVID-19-Pandemie-Training beinhalteten. In der Vergangenheit wurden die sogenannten ABC-Angriffssimulationsübungen, der Angriff mit chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Waffen, auch in Detroit, Michigan, New York City und Indiana abgehalten. Der Direktor des Katastrophenschutzes von Philadelphia, Dominick Mireles, zeigte sich indes

begeistert. Dies sei eine "andere Art von Übung für die Stadt", erklärte er. "Aus der Sicht von Philadelphia ist dies das erste Mal in der jüngeren Geschichte, dass wir etwas in dieser Größenordnung durchführen", so Mireles. Die Übung habe den Einsatzkräften die Möglichkeit geboten, ihre Ausrüstung in einem realitätsnahen Einsatz zu testen:

"Für mich liegt der Wert darin, dass ich sehe, wie diese Dinge funktionieren, und nicht nur auf einem Stück Papier oder einer Folie."

Während der Übung mussten die Einsatzkräfte auf verschiedene "Angriffszonen" in der Stadt reagieren. Manche richteten Massendekontaminationsstellen ein, andere arbeiteten in simulierten Trümmern, um eingeschlossene Rollenspieler zu retten. Einige arbeiteten in U-Bahnen und testeten unterirdisch Kommunikationsgeräte für simulierte Such- und Rettungsaktionen. Und wieder andere richteten zweckmäßige Landezonen ein und koordinierten die Evakuierung der Opfer. "Die Soldaten aller Kommandoebenen wissen also genau, was zu tun ist, wenn sie mit einer zivilen Einsatzleitung zusammenarbeiten", kommentierte McKinney die Übung.

"Diese Übung bot der [Nationalgarde von Pennsylvania](#) die Möglichkeit, sich mit unseren Partnern auf lokaler, bundesstaatlicher und föderaler Ebene abzustimmen und zusammenzuarbeiten, um diese Beziehungen und Prozesse zu verbessern und sicherzustellen, dass der Commonwealth und sein Notfallunternehmen auf jede Art von Zwischenfall vorbereitet sind", sagte Colonel Frank Montgomery, Direktor für militärische Unterstützung der Nationalgarde von Pennsylvania.

Nach Angaben des Colonels nahmen an der Übung unter anderem auch vier Flugzeuge der 28. Expeditionary Combat Aviation Brigade (ECAB) der Pennsylvania National Guard teil. Sie flogen 11 Einsätze mit über 20 Stunden Flugzeit, darunter Patiententransporte, Hebeeinsätze und die Verlegung von Such- und Rettungsteams. "Die 28. ECAB hat sehr von dieser Ausbildungsmöglichkeit profitiert, und wir sind aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse und der durchgeführten Wiederholungen noch besser in der Lage, den Commonwealth zu unterstützen", sagte Major Kandy Heekin.

"In Philadelphia lernen wir, in den verschiedenen Umgebungen im ganzen Land zu arbeiten", erklärte Armee-Sergeant Whitney Smart in einem Video der Nationalgarde. "Wir haben diese Mission schon an verschiedenen Orten durchgeführt." Es sei wichtig, "dass wir uns auf alle Arten von Terror einstellen, denn der Terror ändert sich drastisch", so Smart weiter.

"Philadelphia stellt uns vor eine Herausforderung, wenn es um den Einsatz von Kleinwaffen geht, ohne Zweifel."

Um die Folgen eines möglichen ABC-Angriffs bewältigen zu können, wurde im Rahmen der Übung zudem der Umgang mit Detektions- und Dekontaminationsgeräten trainiert. "Es ist ein gutes Training, das uns hilft, uns auf den Einsatz vorzubereiten, falls etwas passieren sollte", erklärte der Dekontaminierungsspezialist Army Private First Class Elliotte Villafarn. "Wir wären da, um zivile Einheiten wie die Feuerwehr und die Polizei im Falle eines chemischen, radiologischen oder nuklearen Angriffs zu unterstützen."

Die Übung, die vom 25. bis 29. Juli stattfand, war die Fortsetzung einer Reihe von Planungs- und Durchführungsübungen zur Koordinierung und Erprobung von Notfallmaßnahmen im Falle eines ABC-Angriffs in einem dichten städtischen Umfeld. Die Übungsreihe wurde 2018 ins Leben gerufen und hat sich zu einer der wichtigsten Übungen für den Katastrophenschutz und die Landesverteidigung der USA entwickelt. Sie soll [nach Angaben](#) des US-Militärs dabei helfen, die Interoperabilität zwischen den Behörden im Falle des "schlimmsten Tages für Amerika" zu verbessern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62eba66848fbef2bbd7a777c.jpg>

21:00 de.rt.com: **Finnland will Visa-Regelungen für Russen verschärfen**

Die finnische Regierung will die Visa-Regelungen für Menschen aus Russland verschärfen. Russischen Staatsbürgern sollen Touristenvisa nicht mehr nach den bisherigen Bestimmungen erteilt werden, wie der finnische Rundfunksender Yle am Donnerstag berichtete. Das Außenministerium in Helsinki bereite entsprechende Maßnahmen vor, die auf einem EU-Außenministertreffen Ende August besprochen werden sollten, sagte Außenminister Pekka Haavisto dem Sender. Es reiche nicht aus, wenn Finnland eine solche Entscheidung unabhängig treffe – es müsse dieselben Richtlinien im gesamten Schengenraum geben, sagte er demnach.

In einer Yle-Umfrage war jüngst eine Mehrheit der Befragten dafür, die Ausstellung von Touristenvisa für russische Reisende einzustellen. Zuvor hatten sich auch mehrere Politikerinnen und Politiker für eine Verschärfung der Visa-Regeln ausgesprochen. Finnland grenzt auf 1340 Kilometern Länge an Russland. Damit hat das nordische Land unter den EU-Staaten die mit Abstand längste Grenze zu Russland. Russischen Touristen ist es nach Yle-Angaben bislang trotz des Angriffskriegs gegen die Ukraine weiter möglich gewesen, per Bus oder Auto über die finnische Grenze in den Schengenraum einzureisen.

21:41 de,rt.com: **Berichte: Nordmazedonien übergibt Su-25-Kampfflugzeuge an Ukraine**

Das NATO-Mitglied Nordmazedonien (ehemalige jugoslawische Republik) hat der Ukraine Presseberichten zufolge neben Panzern auch vier Kampfflugzeuge des sowjetischen Typs Suchoi Su-25 übergeben. Das Verteidigungsministerium in Skopje wollte die Lieferung weder bestätigen noch dementieren, wie das Portal MKD am Donnerstag berichtete. Es handele sich dabei um vier Su-25, die Nordmazedonien 2001 von der Ukraine gekauft hatte.

Damals gab es in dem Balkanland einen bürgerkriegsähnlichen Konflikt mit albanischen Bewaffneten. Die Erdkampfflugzeuge seien dabei mehrmals eingesetzt worden, hieß es. Seit 2003 standen sie eingemottet zum Verkauf. Nordmazedonien hat der Ukraine auch Panzer sowjetischer Bauart des Typs T-72 abgetreten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ec1ae5b480cc76977d09a1.jpg>

Eine Su-25, in diesem Fall der weißrussischen Luftwaffe

22:00 de.rt.com: **Heldin Russlands und des Donbass in Donezk bestattet**

Oberst Olga Katschura, stellvertretende Kommandeurin der Raketenartilleriedivision der DVR-Volksmiliz, deren Rufzeichen Korska war, wurde am Donnerstag auf der Heldenallee in Donezk beigesetzt, wie auf der Website des Republikführers zu lesen ist.

Zuvor fand im Donezker Dramatheater die Trauerfeier statt, obwohl die ukrainische Seite mit Artillerieschlägen auf das Stadtzentrum, auch auf den Ort der Trauerfeier, versuchte den Abschied von der Heldin Russlands zu stören. Zur Heldin wurde Katschura am Donnerstag durch ein Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation ernannt.

Durch das ukrainische Artilleriefeuer kamen allein in Donezk am Donnerstag mindestens sechs Zivilisten ums Leben.

22:02 de.rt.com: **Kreml reagiert auf Anschuldigungen von Siemens: Brauchen rechtskräftige Belege, nicht Worte allein**

Siemens wirft dem russischen Gazprom Lügen vor, wenn der Energiekonzern behauptet, er sei nicht in der Lage, eine Gas-Turbine für Nord Stream 1 nach Russland zu holen. Laut Kremlsprecher Peskow benötige Gazprom rechtliche Unterlagen und keine leeren Versprechungen.

Moskau hat die Behauptungen von Siemens Energy zurückgewiesen, wonach der russische Energieriese Gazprom Vorwände erfinde, um die Gas-Turbine für die Pipeline Nord Stream 1 nicht nach Russland zu transportieren. Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte am Donnerstag: "Gazprom würde die Turbine wirklich gerne bekommen. Aber schließlich war es nicht Gazprom, das die Sanktionen verhängt hat. In diesem Fall ist es für Gazprom wichtig, rechtliche Unterlagen zu erhalten, die besagen, dass die Turbine nicht unter Sanktionen fällt. In diesem Fall reichen Worte allein absolut nicht aus."

Der Sprecher wies darauf hin, dass es neben der EU auch noch das Vereinigte Königreich gibt. Die Wartung und Instandhaltung dieser Turbinen würden von einer britischen Tochtergesellschaft von Siemens nach britischem Recht und unter britischer Gerichtsbarkeit durchgeführt. Aufgrund aller gegen Gazprom verhängten Sanktionen müsse sich das Unternehmen absichern, so Peskow.

Zuvor hatte Siemens Energy Gazprom vorgeworfen, Vorwände zu erfinden, um den Transport der Turbine von Deutschland nach Russland zu verhindern.

"Alles, was man dazu sagen kann, ist gesagt worden. Sogar der deutsche Bundeskanzler war gestern da und hat eine Rede gehalten. Da gibt es nichts mehr zu sagen. Es gibt keine EU-Sanktionen gegen die Turbine, das ist einfach nicht wahr", zitierte die russische

Wirtschaftszeitung RBC einen Vertreter von Siemens Energy. Er behauptete, dass Russland täglich neue Gründe anführe, warum es die Turbine nicht akzeptieren könne.

Am Mittwoch hatte Gazprom westliche Sanktionen dafür verantwortlich gemacht, dass die Turbine, die für die Erhöhung der Gaslieferungen nach Deutschland benötigt wird, nicht geliefert werden kann. "Die Sanktionsregelungen Kanadas, der EU und Großbritanniens sowie die Unvereinbarkeit der aktuellen Lage mit den vertraglichen Verpflichtungen von Siemens machen die Lieferung der Turbine 073 an die Verdichterstation Portowaja unmöglich", schrieb Gazprom in einer Erklärung.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte Russland ebenso vorgeworfen, Vorwände für die ausbleibenden Gaslieferungen zu nutzen. Die Turbine sei in perfektem Zustand, jederzeit einsetzbar und könne geliefert werden, sagte er am Mittwoch bei einem Besuch des Energietechnik-Konzerns Siemens Energy in Mülheim an der Ruhr. Dort wird die Maschine derzeit zwischengelagert.

Ende Juli hatte Gazprom zwar bestätigt, Unterlagen für die Turbine von Siemens erhalten zu haben. Nach Angaben des russischen Unternehmens seien in den Dokumenten aber einige durch die Sanktionen aufgeworfenen Fragen nicht geklärt worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ebdca0b480cc76b9354ec8.jpg>
03. August 2022, Mülheim an der Ruhr: gewartete Turbine, die für den Weitertransport nach Russland bereitsteht

22:21 de.rt.com: Estlands Regierung will alle sowjetischen Denkmäler demontieren

Die estnische Regierung hat entschieden, alle sowjetischen Denkmäler, die im Land noch an den Zweiten Weltkrieg erinnern, zu demontieren. Konflikte mit der russischen Minderheit im Land sind da vorprogrammiert. Estnischer Antifaschist wird ohnehin nur noch im russischen Welikije Luki gedacht.

In Estland sollen auf Beschluss der Regierung sämtliche sowjetische Denkmäler in dem baltischen EU- und NATO-Land demontiert oder verlegt werden. Ministerpräsidentin Kaja Kallas sagte am Donnerstag in Tallinn:

"Die Hauptsache ist entschieden – sowjetische Denkmäler müssen aus dem öffentlichen Raum entfernt werden, und das werden wir so schnell wie möglich tun."

Zeitpunkt und Reihenfolge hingen demnach von der Bereitschaft und den logistischen Planungen der Städte und Gemeinden ab.

Nach Angaben der Ministerpräsidentin gibt es in Estland etwa 200 bis 400 sowjetische Denkmäler. In der Mehrheit handelt es sich um Denkmäler, die an den Kampf der Roten Armee gegen die hitlerdeutschen Truppen im Zweiten Weltkrieg erinnern, sowie Mahnmale für Opfer des Faschismus. Alle kommunistischen Denkmäler sind in Estland bereits in den 90er Jahren demontiert worden.

In den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte rückte zuletzt vor allem ein Panzer-Monument nahe der estnisch-russischen Grenzstadt Narva im Osten des baltischen Landes. Dort versammelten sich am Mittwochabend mehrere Dutzend Menschen, nachdem es Gerüchte

gegeben hatte, dass das auf einem hohen Sockel stehende Kriegsrelikt entfernt werden würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ebf87648fbef6dd5067721.jpg>

(Das einzige Denkmal, das noch an die estnischen Rotarmisten, die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus fielen, erinnert, befindet sich in der russischen Stadt Welikije Luki. In Estland selbst sind die etwa 20.000 estnischen Antifaschisten vergessen.)

Kallas bewertete das Denkmal am Donnerstag dagegen so:

"Ein Panzer ist eine Mordwaffe, er ist kein Erinnerungsobjekt. Und mit denselben Panzern werden gegenwärtig auf den Straßen der Ukraine Menschen getötet."

Die Verwaltung der rund 60.000 Einwohner zählenden Stadt Narwa, deren Bevölkerung zu mehr als 90 Prozent aus ethnischen Russen besteht, hatte sich zuvor gegen eine Demontage des Sowjetpanzers ausgesprochen. Sie will nach der Ankündigung der Ministerpräsidentin nun das Gespräch mit der Regierung in Tallinn suchen.

Estland war im Jahr 1940 nach unter Historikern umstrittenen Wahlen Sowjetrepublik geworden. Im Zweiten Weltkrieg war es von 1941 bis 1944 (einige Inseln noch bis 1945) von Deutschland besetzt. Das estnische Volk war im Zweiten Weltkrieg gespalten: Während Zehntausende mit dem nazistischen Deutschland kooperierten und sich sogar in seine Dienste, etwa als KZ-Aufseher oder bei der Waffen-SS, stellten, konnten immerhin zwei Divisionen der Roten Armee überwiegend mit ethnischen Esten aufgestellt werden. Die heutige offizielle Erinnerungskultur in Estland hat sich vollständig auf die Seite der ersten Bevölkerungsgruppe gestellt, die Erinnerung an die estnischen antifaschistischen Divisionen wird heute nur noch mit einem Denkmal in der russischen Stadt Welikije Luki wachgehalten.

Nach Kriegsende blieb der Baltenstaat bis 1991 Teil der Sowjetunion. Bis heute besteht die Bevölkerung zu rund einem Viertel aus ethnischen Russen, die häufig auch familiäre Bindungen nach Russland haben. Unter ihnen gibt es Umfragen zufolge Unterstützung für den Kurs des russischen Präsidenten Wladimir Putin.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ebf61db480cc6fb93d6d3e.jpg>

Auch in Estland legen Menschen an jedem 9. Mai (auf dem Foto im Jahr 2020 in Narwa) Blumen an den Denkmälern für sowjetische Soldaten nieder. Nach dem Willen der estnischen Regierung sollen nun alle (!) diese Denkmäler verschwinden.

22:21 de.rt.com: **Türkei: Drei weitere Frachter sollen ukrainische Häfen verlassen**

Zwei Wochen nach Abschluss des Abkommens für Agrarexporte aus der Ukraine sollen dort am Freitag drei weitere mit Getreide und Lebensmitteln beladene Schiffe ablegen. Die teilte das türkische Verteidigungsministerium am Donnerstagabend mit. Zudem solle sich ein unbeladenes Schiff nach einer Kontrolle in Istanbul auf den Weg in die Ukraine machen. Agrarexporte über die ukrainischen Schwarzmeerhäfen waren zuletzt monatelang blockiert gewesen. Die Ukraine und Russland hatten am 22. Juli unter UN-Vermittlung jeweils getrennt mit der Türkei ein Abkommen unterzeichnet, um von drei Häfen Getreideausfuhren aus der Ukraine zu ermöglichen. Ein Koordinierungszentrum in Istanbul ist mit Vertretern der vier Parteien besetzt. Die Inspektionen sollen unter anderem sicherstellen, dass Schiffe keine Waffen geladen haben.

Am Montag hatte als erstes Schiff seit Kriegsbeginn ein mit 26 000 Tonnen Mais beladener Frachter den Hafen von Odessa verlassen. Die "Razoni" soll am Sonntag im Libanon ankommen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ec20a3b480cc76977d09a6.jpg>

Inspektoren prüfen die Fracht der "Razoni"

22:43 de.rt.com: **Nach acht Jahren in Polit-Rente: EU verhängt neue Sanktionen gegen Janukowitsch**

Der Rat der Europäischen Union hat den ehemaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch und seinen Sohn Alexander in eine Liste von Sanktionen aufgenommen, die mit der russischen Sonderoperation in der Ukraine in Verbindung stehen.

"Der Rat hat den ehemaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch und seinen Sohn Alexander Janukowitsch in die Liste der Personen, Organisationen und Einrichtungen aufgenommen, die aufgrund ihrer Rolle bei der Untergrabung der territorialen Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine restriktiven Maßnahmen unterliegen", heißt es in dem Communiqué. Janukowitsch und sein Sohn waren zuvor wegen des Vorwurfs der Veruntreuung von Staatsgeldern auf die Sanktionsliste der EU gesetzt worden. Die Vorwürfe haben sich bis heute nicht belegen lassen, aufgehoben wurden die Sanktionen dennoch nie.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ec2dbbb480cc76977d09b1.jpg>

Der Eurointegrator Wiktor Janukowitsch bekommt jetzt die "europäischen Werte" mit voller Wucht zu spüren.

22:51 de.rt.com: **Donezk und Makeewka am Abend erneut mit Artillerie und Raketen beschossen**

Die ukrainischen Streitkräfte haben am Donnerstagabend erneut Donezk und die Satellitenstadt Makeewka beschossen, wie die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes mitteilte.

"Es wurde folgender Beschuss durch ukrainische bewaffnete Formationen festgehalten: 22.15 Uhr (Ortszeit, stimmt mit Moskauer Zeit überein) - Aus Perwomajskoje auf Donezk Stadt (Kiewer Bezirk): 5 Granaten mit einem Kaliber von 155 Millimetern wurden abgefeuert; 22.15 Uhr - Aus Awdeewka auf Makeewka: 5 Granaten mit einem Kaliber von 152 Millimetern",

so die Vertretung in einer Telegram-Nachricht.

Der 4. August wird in die Geschichte von Donezk als einer der bislang blutigsten eingehen. Die Aufnahmen der letzten Todeszuckungen der beim Beschuss eines Hotels getöteten Frau, die Art und Weise, wie das in den ukrainischen sozialen Medien ausgelacht wurde, das kleine Mädchen, das zusammen mit ihrer Oma starb, werden genauso zum Symbol der Grausamkeit

und Kompromisslosigkeit des ukrainischen Nationalismus werden, wie der Beschuss der Lugansker Regionalverwaltung durch einen ukrainischen Flieger im Jahr 2014, der ähnlich grausame Bilder verursachte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ec34e348fbef280c672183.jpg>

Körper einer Frau, die durch den ukrainischen Beschuss der Innenstadt von Donezk ums Leben kam (04.08.22)

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Welche Ziele verfolgt die NATO im Ukraine-Konflikt?**

Wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Donnerstag dargelegt hat, verfolgt das Militärbündnis im Ukraine-Konflikt zwei Hauptziele. Die Vermeidung eines "umfassenden Krieges" mit Russland ist eine der wichtigsten Prioritäten.

Eines der Hauptziele der NATO im Ukraine-Konflikt ist es, einen "ausgewachsenen Krieg" mit Russland zu verhindern, sagte der Generalsekretär der Allianz, Jens Stoltenberg, am Donnerstag. In einer Rede in Norwegen erklärte er:

"In diesem Konflikt hat die NATO zwei Aufgaben: die Ukraine zu unterstützen und zu verhindern, dass der Krieg zu einem ausgewachsenen Krieg zwischen der NATO und Russland eskaliert."

Der Chef des Militärblocks bezeichnete den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine als "die gefährlichste Situation in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg" und fügte hinzu, dass man Moskau nicht erlauben dürfe, zu gewinnen. Und weiter:

"Wenn Russland den Krieg gewinnt, wird Putin davon überzeugt sein, dass Gewalt funktioniert. Dann könnten andere Nachbarländer als Nächstes dran sein."

Seit Beginn der russischen Militäroperation am 24. Februar hat die Ukraine zunehmend mehr Militärhilfe von NATO-Staaten erhalten, mittlerweile in Milliardenhöhe, was Moskau wiederholt kritisiert hat. Im Juli sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit RT, die Ukraine werde mit westlichem Militärgerät "vollgepumpt" und darüber hinaus "gezwungen, diese Waffen auf immer riskantere Weise einzusetzen", was Kiew davon abhalte, "konstruktive Schritte" zu unternehmen.

In seiner Rede am Donnerstag behauptete Stoltenberg, dass Putin seine Ziele letztendlich verfehlt habe, denn anstatt dass die NATO ihre Präsenz in Osteuropa verringert und ihre Expansion verlangsamt habe, sei das Bündnis durch den bevorstehenden Beitritt Schwedens

und Finnlands "stärker und konsolidierter" geworden.

Die Verstärkung der Verteidigungskräfte an der Ostflanke der NATO sei von entscheidender Bedeutung, um einen russischen Sieg in der Ukraine zu verhindern, betonte der Generalsekretär. Dennoch bekräftigte er, dass die Allianz "keine Konfliktpartei" sei und keine Truppen in die Ukraine entsenden werde. In einem früheren Interview mit dem norwegischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk NRK hatte der NATO-Chef darauf hingewiesen, dass das Bündnis nicht verpflichtet sei, in den Konflikt einzugreifen, da die Ukraine kein Mitgliedsstaat sei. Er sagte:

"Wir haben die Verantwortung, die Ukraine zu unterstützen, aber wir haben auch die Verantwortung, die Sicherheit aller Nationen zu gewährleisten, für die die NATO verantwortlich ist."

Vor Beginn der Operation hat Russland wiederholt erklärt, dass es die NATO-Osterweiterung als Bedrohung für seine nationale Sicherheit ansieht. Im Dezember 2021 forderte Moskau von den USA und der Allianz rechtliche Garantien dafür, dass die NATO ihre Expansion einstellen und keine Waffensysteme einsetzen würde, die tief in russisches Hoheitsgebiet eindringen könnten. Die NATO ignorierte dies jedoch und gab zur Antwort, es sei Sache ihrer Mitglieder und Beitrittskandidaten zu entscheiden, ob sie dem Bündnis beitreten wollen oder nicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ec190648fbef26c7027ce0.jpg>

Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, auf dem NATO-Gipfel in Madrid

7:00 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Donezk und Gorlowka erneut**

Am Freitagmorgen hat das ukrainische Militär die Städte Donezk und Gorlowka erneut unter Artilleriebeschuss genommen und dabei insgesamt 15 Geschosse abgefeuert. Die Vertretung der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination meldete auf Telegram:

"Ein Beschuss seitens der bewaffneten Verbände der Ukraine wurde in folgender Richtung festgestellt: 06:10 – Siedlung Netajlowo – Stadt Donezk (Kujbyschewski Bezirk): fünf Geschosse im Kaliber 152 Millimeter abgefeuert; 06:30 – Siedlung Newelskoje – Stadt Donezk (Kirowski Bezirk): fünf Geschosse im Kaliber 122 Millimeter abgefeuert."

Außerdem wurde um 06:45 Uhr Ortszeit die Stadt Gorlowka mit Artillerie angegriffen, wobei fünf 152-Millimeter-Projektile abgefeuert wurden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ec9b5948fbef2913491f78.jpg>

Eine durch ukrainischen Beschuss beschädigte Straße in Donezk, Aufnahme vom 4. August

7:27 de.rt.com: **Selenski klagt über "künstliche Verzögerung" der EU-Finanzhilfe**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat die verzögerte Auszahlung von EU-Finanzhilfen in Höhe von acht Milliarden Euro für sein Land beklagt. In seiner Videoansprache am Donnerstagabend sagte er:

"Acht Milliarden Euro für die Ukraine sind einstweilen blockiert. Eine solche künstliche Verzögerung von makrofinanzieller Hilfe für unseren Staat ist entweder ein Verbrechen oder ein Fehler. Und es ist schwer zu sagen, was davon schlimmer ist."

Selenski forderte, ukrainische Bürger nicht zu Geiseln von "Unentschlossenheit oder Bürokratie" zu machen. Er wolle nicht sagen, welches europäische Land die Hilfen bremst und gehe immer noch davon aus, dass es um einen Fehler gehe, der korrigiert werden könne. Zwei Tage zuvor hatte Igor Schowkwa, der Vizechef des ukrainischen Präsidialamtes, Deutschland für die schleppende Auszahlung verantwortlich gemacht. Von neun Milliarden Makrofinanzhilfe der EU sei erst eine Milliarde ausgezahlt worden.

Das Bundesfinanzministerium wies den Vorwurf zurück. Nach Angaben der EU-Kommission sind für die ausstehende Summe möglicherweise Garantien von Mitgliedsstaaten nötig, weil eine Absicherung über den EU-Haushalt nicht möglich ist.

8:00 de.rt.com: **DVR: Ukrainischer Militärangehöriger wegen Erschießung einer Geisel vor Gericht**

Die Staatsanwaltschaft der Donezker Volksrepublik hat die Akte des ukrainischen Marineinfanteristen Anton Bajdarkow an ein Gericht weitergeleitet. Der Pressedienst der Staatsanwaltschaft teilte der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit:

"Der Angehörige des 501. Separaten Marineinfanteriebataillons Bajdarkow Anton Aleksandrowitsch ist an einer Reihe besonders schwerer Verbrechen auf dem Gebiet der Republik mitschuldig, darunter Verbrechen gegen Leben und Freiheit eines Menschen, die nicht im Zusammenhang mit seinem Militärdienst stehen."

Konkret wird dem ukrainischen Militärangehörigen vorgeworfen, eine Zivilistin gewaltsam festgenommen und sie danach mit einer automatischen Waffe erschossen zu haben. Im Falle einer Verurteilung droht Bajdarkow die Todesstrafe.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 5.8.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 55 Mann;
- 6 Schützenpanzerwagen;
- 8 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Während des 4. August haben sie mehr als 9 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Jepifanowka und Borowenki wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Vertreter der Volksfront haben mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR Baumaterialien und Lebensmittelpakete für die Einwohner des Bezirks Kremenskoje geliefert.

Außerdem haben Vertreter der gesellschaftlichen Organisation „Zukunft Donbass“ gemeinsam mit der Volksmiliz der LVR Multifunktionsbetten in das Krankenhaus von Rubeshnoje geliefert.

Freiwillige aus der Russischen Föderation haben mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR medizinische Präparate und Lebensmittel für bedürftige Einwohner der befreiten Territorien der LVR geliefert.

8:37 de.rt.com: **Drei Schiffe mit Getreide aus ukrainischen Häfen ausgelaufen**

Das Verteidigungsministerium der Türkei hat das Auslaufen von drei mit Getreide beladenen Schiffen aus den Häfen von Odessa und Tschernomorsk in der Ukraine bestätigt. Wie Al Jazeera meldete, transportieren die respektive unter den Flaggen der Türkei, Malta und Panama fahrenden Frachter Navistar, Rojen und Polarnet insgesamt etwa 58.000 Tonnen Mais.

Die Schiffe werden über den humanitären Korridor durch das Schwarze Meer nach Istanbul fahren, wo sie von Vertretern des Internationalen Koordinationszentrums inspiziert werden. Danach fährt die Polarnet nach Karasu in der Türkei, während die Navistar und Rojen nach Irland beziehungsweise Großbritannien aufbrechen werden.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 5.8.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **434 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 6 Zivilisten und 30 wurden verletzt**. 38 Wohnhäuser und 11 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: eine D-30-Haubitze, eine M-777-Haubitze, 2 Geländefahrzeuge, 2 Schützenpanzerwagen und 40 Mann. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Peski und Opytnoje wurden beseitigt.

Derzeit geht eine Komplex von Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1

„Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen ukrainischer Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos der Sachverhalte zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Information über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in „Telegram“ werden die genannten Material als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:56 de.rt.com: **FSB vereitelt proukrainischen Anschlag in russischer Teilrepublik Karatschai-Tscherkessien**

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat die Festnahme eines Sympathisanten der ukrainischen rechtsextremen Organisation Rechter Sektor gemeldet. Der 30-Jährige soll in der Stadt Tscherkessk Terroranschläge vorbereitet haben. Das Pressezentrum der Behörde gab bekannt:

"In Tscherkessk (Republik Karatschai-Tscherkessien) wurde ein Einheimischer russischer Staatsbürger Jahrgang 1992 aufgespürt und festgenommen. Er plante Terroranschläge gegen Mitarbeiter der Rechtspflegeorgane der Republik und Militärangehörige unter der Patronage der Organisation 'Rechter Sektor'."

Nach Angaben des Geheimdienstes wurden beim Verdächtigen unter anderem zwei selbst gebaute Sprengsätze von etwa 3 Kilogramm TNT-Äquivalent gefunden. Der Festgenommene soll in einem Austausch mit aktiven Mitgliedern des Rechten Sektors gestanden und nach dem Anschlag eine Flucht in die Ukraine geplant haben. Nun wird ihm die Vorbereitung eines Terroranschlags und eine Teilnahme an einer extremistischen Organisation vorgeworfen.

10:44 de.rt.com: **DVR: 290 Zivilisten seit Beginn der Eskalation getötet**

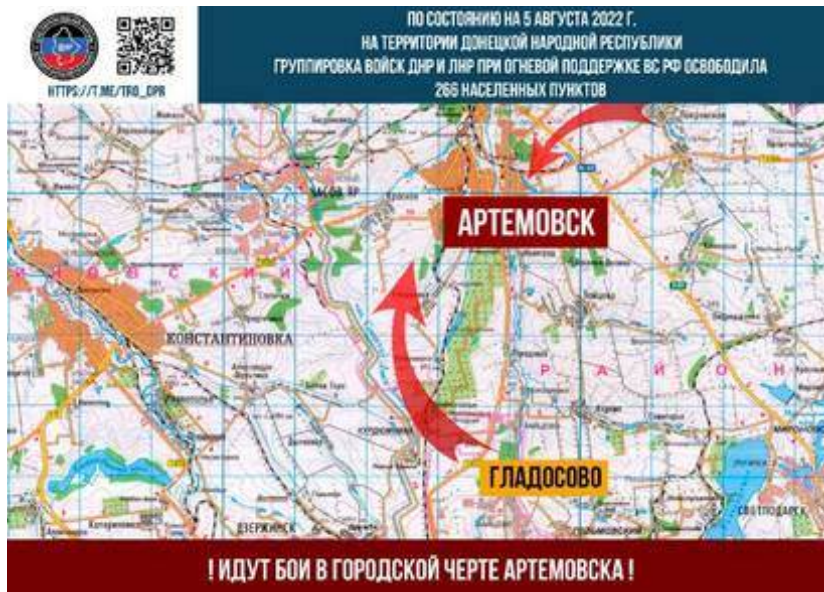
Die Vertretung der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination hat bekannt gegeben, dass während der Eskalation im Donbass in 170 Tagen 290 Zivilpersonen, darunter 17 Kinder, ums Leben gekommen sind. Außerdem wurden bereits 20 Fälle registriert, bei denen Zivilisten, darunter auch Kinder, durch die von der Ukraine verstreuten Schmetterlingsminen vom Typ PFM-1 verwundet wurden.

Weiter meldete die Behörde, dass Kiews Truppen in 169 Tagen das Gebiet der Republik 7.334 Mal unter Beschuss genommen haben und dabei in 7003 Fällen schwere Waffen wie Artillerie oder Raketen einsetzten.

11:11 de.rt.com: **DVR meldet Kämpfe im Stadtgebiet von Artjomowsk**

Der Stab für Territorialverteidigung der Donezker Volksrepublik [berichtet](#), dass die Streitkräfte der Donbassrepubliken mit russischer Unterstützung in die Stadt Artjomowsk (ukr. [Bachmut](#)) eingedrungen sind. Die südlich der Stadt gelegene Siedlung Gladossowo befinde sich bereits vollständig unter russischer Kontrolle, die Kämpfe setzten sich im Stadtgebiet von Artjomowsk fort, geht aus der Meldung hervor.

Die vom Stab auf Telegram veröffentlichte Karte zeigt die Vorstoßrichtung der Donbass-Streitkräfte auf Artjomowsk aus dem südlich gelegenen Gladossowo.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/p6GxjoD0TRdaPSSitFswtJYaPjLjHwSal87c2PdQRURxfKx2WOGvRskFpUajYQ4ZEzqium1HIvOIjzYJs_S1t09wm2G7dW1NnSMtly24BTz6LXu0YfS3BnLfok4ST_4kjPiTlB953CwdeIWGCV80-A5qGN96uwHRD93eBSzYxJ0qDlhoABhNvnJBia9IyY2FhrIcC75PhI6JZAWcGuNs2BP5MEcGU47bAC7Gl9jwgX98-x9IAa-0ugDLeHv8xUxi4yEDKVR2b9I7BSVGZgTjTw_n_hS-AfDgFl6YL5Gm_fgBnVshxllIpFKDNsEJFPCVKu4eaADvMyiP7k9vMEoq6Q.jpg

11:17 de.rt.com: **Washington Post: Unstimmigkeiten zwischen Selenskij und Behörden in ukrainischen Regionen nehmen zu**

Laut der Zeitung The Washington Post nehmen die Spannungen zwischen Selenskij und lokalen Behörden zu. Sie kritisieren die ukrainische Führung für ihre Ablehnung der Dezentralisierung und fordern mehr Kontrolle über den Prozess des Wiederaufbaus der städtischen Infrastruktur.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij und die Regierung des Landes versuchen, ukrainische Bürgermeister ins Abseits zu drängen, die Kontrolle über internationale Hilfgelder in Milliardenhöhe zu behalten und potenzielle politische Rivalen zu schwächen, berichtete die Zeitung [The Washington Post](#). Dies führe zu Spannungen zwischen Kiew und den regionalen Behörden, die sich um den Schutz und den Wiederaufbau von Städten und Gemeinden bemühten.

Mehrere Bürgermeister ukrainischer Städte äußerten gegenüber der Zeitung ihre Besorgnis darüber, dass Selenskij's Büro angesichts der laufenden russischen Sonderoperation Pläne zur Dezentralisierung der Macht und zur Übertragung größerer Befugnisse an regionale und lokale Behörden aufgibt. Außerdem zeigten sich die Bürgermeister enttäuscht über die Entscheidung Kiews, Militärverwaltungen einzurichten, die direkt von der ukrainischen Regierung finanziert werden, so das Blatt. Die Regionalverwaltungen seien der Meinung, dass die lokalen Behörden besser als die Beamten in Kiew wüssten, wie und wo die Mittel zu verwenden seien.

So erklärte beispielsweise Boris Filatow, der Bürgermeister von Dnepropetrowsk, gegenüber der Zeitung, dass die Ukraine "beginnt, autokratische Tendenzen zu entwickeln". Die Stadt, die er leite, diene als wichtiger Kanal für die Lieferung von Waffen und Hilfsgütern an die Front. Mit Bezug zu den Kiewer Behörden sagte er:

"Sie versuchen, das politische Feld zu dominieren. Aber wir sind keine Rivalen."

Filatow fügte hinzu, dass die Bürgermeister bei der Verteidigung der ukrainischen Städte an

vorderster Front stünden und mehr Kontrolle über den Prozess des Wiederaufbaus der Städte haben wollten.

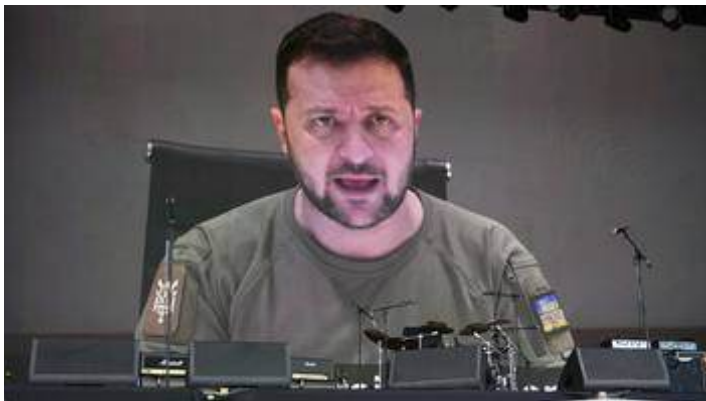
The Washington Post erinnerte auch an Filatows jüngste Kritik an Selenskij. Anlass war der Entzug der Staatsbürgerschaft des Leiters der territorialen Verteidigung des Gebiets Dnepropetrowsk, Gennadi Korban. Der Bürgermeister von Dnepropetrowsk äußerte die Ansicht, dass die zentralen Behörden die Situation ausnutzten und damit begonnen hätten, "eine Autokratie zu schaffen". Filatow und Korban sind langjährige Partner und gelten als enge Vertraute des Geschäftsmanns Igor Kolomoiski. Letzterem wurde angeblich von Selenskij ebenfalls die Staatsbürgerschaft entzogen. Eine Kopie des entsprechenden Erlasses wurde von Sergei Wlassenko, einem Abgeordneten der Werchowna Rada, veröffentlicht. Die Zeitung nennt Wladislaw Atroschenko, den Bürgermeister von Tschernigow, als weiteren Kritiker des Präsidenten. Im Juli durfte er das Land nicht verlassen, um an einer Konferenz in der Schweiz über den Wiederaufbau der Ukraine teilzunehmen. Atroschenko sagte der Zeitung, dies sei nicht das erste Mal gewesen, dass ihm der Grenzübertritt verwehrt worden sei. Er veröffentlichte ein Video, in dem er sagte, dass "die zentralen und lokalen Behörden gemeinsam gegen den Feind arbeiten sollten, nicht gegeneinander".

Offiziell ist es ukrainischen Männern im wehrpflichtigen Alter verboten, das Land zu verlassen. Atroschenko begründete die Notwendigkeit der Reise mit der Beschaffung von Mitteln für die Reparatur einer schwer beschädigten Heizungsanlage in Tschernigow. Der Bürgermeister von Rowno, Alexander Tretjak, habe Verständnis für die Situation des Bürgermeisters von Tschernigow, so die Zeitung. Ihm zufolge versucht Atroschenko "alles zu tun, um Investoren anzuziehen, Unternehmen einzuladen, andere Länder zur Hilfe einzuladen, um das Problem zu lösen". Er sagte:

"Ich versuche, das Gleiche zu tun. Ich kann nicht einfach dasitzen und darauf warten, dass meine Zentralregierung mir hilft."

The Washington Post schrieb, dass Selenskijs Unstimmigkeiten mit den örtlichen Behörden inmitten kontroverser Veränderungen in der ukrainischen Führungsspitze stattfinden. Es geht um die Rücktritte des Leiters des ukrainischen Sicherheitsdienstes Iwan Bakanow und der Generalstaatsanwältin Irina Wenediktowa. Sie wurden wegen unsachgemäßer Erfüllung ihrer Pflichten entlassen.

Selenskij sagte, dass die Entscheidung aufgrund von "sehr ernsten Fragen" an beide über die Beziehungen ihrer Behörden zu Russland getroffen wurde. Kurz vor der Entlassung Bakanows wurde der ehemalige Chef des ukrainischen Sicherheitsdienstes für die Krim Oleg Kulinitich im Zusammenhang mit einem Hochverratsprozess festgenommen. Unbestätigten Berichten zufolge stand Bakanow Kulinitich nahe und wusste nicht, dass eine Operation zu seiner Festnahme vorbereitet wurde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62eccf8148fbef26db5bb507.jpg>

12:36 (11:36) novorosinfotm.org: **Eine Entbindungsstation in Donezk wurde durch einen „Grad“-Angriff der Streitkräfte der Ukraine zerstört. Es gibt viele Verletzte, darunter**

Kinder

Ukrainische Kämpfer haben auf das Krankenhaus Nr. 17 im Kuibishewskij-Bezirk von Donezker beschossen. Ein direkter Treffer eines MLRS Grad zerstörte die Entbindungsstation.

Nach vorläufigen Angaben wurden 10 Personen verletzt. Unter ihnen seien auch Kinder, berichtete Daniil Bessonow, Erster stellvertretender Informationsminister der DVR.

„Ein direkter Treffer mit Grad MLRS im 17. Krankenhaus des Kuibishewskij-Bezirks in Donezk. Nach vorläufigen Angaben wurden 10 Menschen verletzt. Darunter sind Kinder“, schrieb Bessonov in seinem Telegram-Kanal.

Er fügte hinzu, dass das Geschoss die Entbindungsstation der medizinischen Einrichtung traf. Der Vertreter des Informationsministeriums der DVR veröffentlichte auch Aufnahmen von der Zerstörung der Entbindungsstation.



https://novorosinform.org/content/images/03/63/50363_720x405.jpg

11:54 de.rt.com: **Siedlung Peski bei Donezk unter russischer Kontrolle**

Die Verbände Russlands und der Donbass-Republiken kontrollieren über zwei Drittel der Siedlung Peski in der Nähe von Donezk. In einer Fernsehsendung des russischen Ersten Kanals verkündete der stellvertretende Kommandeur des 11. Separaten Garde-MotSchützenregiments der Volksmiliz der DVR, Ilja Jemeljanow:

"Dass die Siedlung selbst unter unserer Kontrolle steht, kann man mit Sicherheit sagen."

Am Vortag erklärte Jemeljanow, dass Peski zu etwa 70 Prozent unter Kontrolle sei, da ein die Siedlung durchdringendes Schützengrabennetz noch gesäubert werden müsse.

Die Siedlung Peski liegt am Stadtrand von Donezk in der Nähe des Donezker Flughafens.

Während des gesamten Konflikts im Donbass hat das ukrainische Militär die Hauptstadt der DVR von Peski aus beschossen.

nachmittags:

12:24 de.rt.com: **IfW: Abtransport von ukrainischem Getreide kaum zu schaffen**

Der Abtransport von Millionen Tonnen Getreide aus der Ukraine mit Schiffen ist nach Angaben des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW) kaum zu schaffen. Für die eingelagerten 20 Millionen Tonnen müssten rund 570 Schiffsladungen abgefertigt werden. "Gerade weil die Ernte von Getreide jetzt wieder beginnt und die Lager dafür dringend gebraucht werden, müssen auch andere Transportmöglichkeiten wie Züge und LKW voll ausgeschöpft werden", teilte der Leiter des Kiel Trade Indicators des IfW, Vincent Stamer, am Freitag mit.

Der globale Handel ging nach IfW-Angaben im Juli preis- und saisonbereinigt um 1,7 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. Für Deutschland betrage das Minus bei den Exporten 3,2 Prozent und bei den Importen 1,6 Prozent. Stamer erklärte dazu:

"Ein Absturz des Handels droht nicht, allerdings dürfte sich eine Trendwende nach oben und eine Normalisierung der Lieferabläufe auch nicht so bald einstellen."

Der Welthandel werde weiter durch den Stau von Containerschiffen beeinträchtigt. Russland scheine indessen Fortschritte im Bemühen zu erreichen, den ausbleibenden Handel mit der EU in Asien zu ersetzen. Die Zahl der Container in den für den Asienhandel wichtigen Häfen steige deutlich.

13:04 de.rt.com: **Russischer Luftschlag gegen ukrainische Artilleriebrigade**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat während seines täglichen Presseberichts gemeldet, dass Russlands Luftstreitkräfte einen erfolgreichen Angriff auf die Stellung der ukrainischen 44. Artilleriebrigade in der Nähe der Siedlung Nowoiwanowka im Gebiet Saporoschje durchgeführt habe. Er berichtete:

"Bis zu 150 Militärangehörige wurden getötet, zwei US-amerikanische Haubitzen M777 und bis zu 1.500 Schuss Munition dazu, sechs Haubitzen vom Typ 'Msta-B', acht Artilleriegeschütze unterschiedlicher Systeme zerstört."

Des Weiteren seien unter anderem zwei Munitionslager in der Nähe von Konstantinowka und Artjomowsk in der Donezker Volksrepublik zerstört worden.

13:22 de.rt.com: **Unbequeme Wahrheiten: Selenskij bezeichnet Amnesty International als Unterstützer des Terrorismus**

Der ukrainische Präsident Selenskij bezichtigt Amnesty International der Unterstützung des Terrorismus. Anlass ist ein Bericht der Menschenrechtsorganisation über Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht durch die ukrainischen Streitkräfte.

Wie ukrainische Medien berichteten, war Präsident Wladimir Selenskij wütend, nachdem er den Bericht der internationalen Menschenrechtsorganisation Amnesty International über das Vorgehen der ukrainischen Streitkräfte gelesen hatte. Dem Dokument zufolge verstößt das ukrainische Militär wiederholt eindeutig gegen das Kriegsvölkerrecht.

Nach Ansicht Selenskij versuche Amnesty International Russland zu "amnestieren" und unterstütze "Erscheinungsformen des Terrorismus". Den Amnesty-Bericht bezeichnete er als einen Versuch, "die Verantwortung vom Aggressor auf das Opfer zu verlagern". Selenskij erklärte:

"Wenn jemand eine Anzeige erstattet, in der das Opfer und der Angreifer in gewisser Weise identisch zu sein scheinen, wenn einige Daten über das Opfer analysiert werden und ignoriert wird, was der Angreifer zu diesem Zeitpunkt getan hat, dann kann dies nicht toleriert werden."

Michail Podoljak, ein Berater des ukrainischen Präsidenten, reagierte ebenfalls auf die von Amnesty International erhobenen Vorwürfe gegen die ukrainischen Streitkräfte. Er schrieb auf Twitter:

"Heute versucht Moskau, ukrainische Streitkräfte in den Augen der westlichen Gesellschaft zu diskreditieren und Waffenlieferungen zu unterbrechen, indem es sein gesamtes Netzwerk von Einflussagenten einsetzt. Es ist eine Schande, dass eine Organisation wie Amnesty International an dieser Desinformations- und Propagandakampagne beteiligt ist."

Weiter sagte Podoljak, dass nur Russland eine Bedrohung für die Ukraine darstelle, während die ukrainischen Streitkräfte das Land und die dort lebenden Familien schützen wollten. Der Berater erklärte, dass die Ukraine die Bevölkerung aus den Städten an der Front evakuieren. Auch der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba kritisierte den Bericht. Er warf Amnesty International vor, eine "falsche Realität" zu schaffen, in der "jeder für etwas verantwortlich" sei. Stattdessen plädierte er dafür, dass sich die Organisation ausschließlich auf das angebliche Fehlverhalten Russlands konzentrieren sollte.

Die Schlussfolgerungen Amnesty Internationals, die den ukrainischen Staatschef verärgerten, lauteten, dass die ukrainischen Streitkräfte die Zivilbevölkerung absichtlich gefährdeten, indem sie militärische Ausrüstung in der Nähe von Schulen und Krankenhäusern stationierten. Agnès Callamard, die Generalsekretärin von Amnesty International, betonte:

"Wir haben dokumentiert, dass die ukrainischen Truppen Zivilisten gefährdet und das Kriegsvölkerrecht verletzt haben, während sie in dicht besiedelten Gebieten operierten."

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa reagierte ebenfalls auf den Bericht über die Verstöße der ukrainischen Streitkräfte. Sie sagte, dass Russland ständig über die in dem Bericht erwähnten Fälle informiert habe, in denen Zivilisten zur Erreichung militärischer Ziele missbraucht würden.

Auch das russische Verteidigungsministerium wies wiederholt auf die Nutzung medizinischer Infrastruktur durch die ukrainischen Streitkräfte und die Stationierung von Waffen in der Nähe von Bildungseinrichtungen hin.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ecec7db480cc49c526a644.jpg>

13:26 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium berichtet vom Konflikt zwischen ukrainischen Zivilisten und Militärs - neun Personen verwundet**

Im Gebiet Charkow hat nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums ein Konflikt zwischen Einheimischen und ukrainischen Militärangehörigen sowie ausländischen Söldnern stattgefunden. Dabei erlitten insgesamt neun Zivilisten Schusswunden, wie der Sprecher des Ministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, berichtete:

"Im Gebiet Charkow wurden neun Einheimische infolge eines Konflikts mit den Kommandeuren der 92. Mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte verletzt. Das Kommando dieses Verbands versuchte, die Zivilisten mit Gewalt aus ihren Häusern zu vertreiben, um dort ausländische Söldner unterzubringen sowie Kriegsgerät und Artillerie in den Höfen aufzustellen.

Um die Proteste zu unterbinden, haben die Nationalisten und die ausländischen Söldner das Feuer eröffnet. Als Ergebnis erlitten vier Bewohner in der Siedlung Schestakowo und fünf in Werchneje Saltowo Schusswunden unterschiedlichen Grades."

13:47 de.rt.com: **Artilleriebeschuss auf Donezk durch ukrainische Truppen: ein Toter, mehrere Verletzte – darunter ein Kind**

Ukrainische Truppen haben das zentrale städtische Krankenhaus Nr. 17 im Donezker Stadtteil Kuibyschewski mit Artillerie beschossen. Mehrere Menschen, darunter ein Kind, kamen zu Schaden, wie Vertreter der medizinischen Einrichtung gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS erklärten. Die Verletzten werden nun unmittelbar im selben "... Krankenhaus Nr. 17 behandelt. Darunter ist mindestens ein Kind."

Der Ort der Einschläge wurde vom Telegram-Kanal "DNR Online" gezeigt. Die Geschosse schlugen auf dem Dach des Krankenhauses ein. Das Dach und ein Teil des Mauerwerks wurden zerstört, Fenster gingen zu Bruch und diverse Leitungen wurden beschädigt.

Rettungskräfte sind vor Ort im Einsatz.

Beim Beschuss des Donezker Stadtteils Kuibyschewski durch ukrainische Truppen ist außerdem ein Zivilist ums Leben gekommen, teilte das Hauptquartier der Territorialen Verteidigung der Volksrepublik Donezk mit:

"Infolge des heutigen Beschusses durch ukrainische bewaffnete Formationen kam im Donezker Stadtteil Kuibyschewski eine Person ums Leben."

Außerdem wurden etwa 15 Menschen nach einem Beschuss desselben Stadtteils ins Krankenhaus Nummer 17 eingeliefert. Drei von ihnen erfordern stationäre Behandlung, erklärte Unfallchirurg Nikita Litwin gegenüber der TASS:

"Etwa 10-15 Personen wurden verwundet, bisher konnten wir neun Personen registrieren, aber es sitzen noch weitere eingelieferte Personen in der Aufnahme, die auch noch registriert werden müssen. Es gibt keine schwerwiegenden Knochenverletzungen, sondern nur weiche Splitterwunden. Zurzeit befinden sich drei Personen in stationärer Behandlung".

Der Leiter der Stadtverwaltung von Donezk, Alexei Kulemsin, hatte zuvor berichtet, dass beim Beschuss des Stadtteils Petrowski zwei Menschen verletzt wurden – eine Frau und ein im Jahr 2010 geborenes Kind kamen zu Schaden. Darüber hinaus wurde ein Mann im Bezirk Kirowski in der Losowaja-Straße verwundet, wie das Hauptquartier der Territorialen Verteidigung der DNR mitteilte.

Beim heutigen Beschuss setzten die kiewtreuen Truppen nicht nur mittel- und großkalibrige Artillerie ein, sondern auch Mehrfachraketenwerfer des Typs BM-27 'Uragan', die sie mit Antipersonen-Streuminen des Typs PFM-1 'Lepestok' (Blütenblatt) geladen hatten, welche für den Einsatz gegen von Zivilisten frequentierte Gebiete international verboten sind.

14:20 de.rt.com: **Nördlicher Stadtteil von Donezk mit Artillerie beschossen – Hauptbahnhof brennt**

Das Gebäude des Hauptbahnhofs der Stadt Donezk ist infolge eines Artilleriebeschusses durch ukrainische Truppen [in Brand geraten](#), gab der Bürgermeister Alexei Kulemsin bekannt:

"Das Gebäude des Donezker Bahnhofs im Bezirk Kiewski brennt infolge eines Beschusses."

Der Kiewski-Bezirk von Donezk liegt im nördlichen Teil der Stadt. Hier befinden sich der von größeren Menschenmassen frequentierte Schachtarskaja-Platz, die Kiewer Allee und der Bahnhof. Ebenfalls hier steht auch das Fußballstadion "Donbass Arena". Seit dem Jahr 2014, als die Menschen im Gebiet Donezk nach dem Maidan-Staatsstreich in Kiew ihre Unabhängigkeit von der Rest-Ukraine erklärten und die Volksrepublik Donezk ausriefen, wird dieses Gebiet regelmäßig von ukrainischen bewaffneten Formationen mit Artillerie beschossen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/HYTCCSgi9w8g3O80Hp_uxxNZwZKG84tDUnQgHfGhli-PFHbk1YUSn7evQ6EnPfzo2sGrplEW_EuCHrg5tOdjngHGtYR-wCIAA3o5iY6US4HiQOVnvYe-EACwleYrUJii07N_wqv4yttNtGiFQhTd6CA2U_-jZJyXy3YMLAm9YhTe8ItUZP3Xq9tSmCxYwtn3yCCZPV-Qx0evrYAOaWCtxqZ07uD5Yb82w7msE1qhlGJseGOy4tgFYl8k5WvLok170t-ZviTPL5M26HYkkExVbNo6D3jzZlPR2ACLRJCJjoUEo77q27N65JUH5kufUialOf1KZ9wIYtalJowHfDkg.jpg

14:49 de.rt.com: Chaos bei kiewtreuen Truppen bei Artjomowsk: Beschuss durch eigene Artillerie und unerlaubter Rückzug

Aufklärungsdiensten der Volksrepublik Lugansk liegen Daten vor, wonach ukrainische bewaffnete Formationen in der Nähe von Artjomowsk durch den Beschuss ihrer eigenen Streitkräfte aus Tschassow Jar Verluste erlitten haben. Dies erklärte der Sprecher der LVR-Volksmiliz, Oberstleutnant Andrei Marotschko, am Freitag:

"Während der aktiven Phase der Kampfhandlungen wurde ukrainischer Raketenartilleriebeschuss auf die Stellungen ihrer eigenen verbündeten Einheiten in der Nähe von Artjomowsk registriert – und zwar aus Richtung des Dorfes Tschassow Jar. Infolge dieses Eigenbeschusses ('friendly fire') wurden ein Kompaniestützpunkt, gepanzerte Fahrzeuge und Personal in einer Mannstärke von bis zu einem Zug vernichtet."

Darüber hinaus weigerte sich nach Angaben der LVR-Aufklärung eine der Einheiten der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die in der Nähe von Artjomowsk disloziert war, Befehle zur Feuerdeckung verbündeter Sturmgruppen bei deren Gegenangriff zu befolgen. Stattdessen verließ sie freiwillig ihre Stellungen und zog sich ins Hinterland zurück. Dies habe zu Verlusten bei den kiewtreuen Truppen geführt:

"Infolgedessen zog sich der Feind [die ukrainischen Truppen], der schwere Verluste an Personal und Gerät erlitten hatte, auf seine vorigen Stellungen zurück. Höhere Kommandoränge der Ukrainer haben eine interne Untersuchung zum Verdacht des Staatsverrats angeordnet."

15:15 de.rt.com: Ukrainischer Bürger für Aufruf zur Zerstörung des Bandera-Denkmal

in Lwow verhaftet

Die Verwaltung des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) in der Stadt Lwow hat auf ihrer Facebook-Seite die Verhaftung eines Mannes bekannt gegeben. Dem Verhafteten wird vorgeworfen, zur Zerstörung des in Lwow stehenden Denkmals für den ukrainischen Nationalisten, Antisemiten und Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera aufgerufen zu haben. Als Beweis publizierte die Behörde Screenshots einer Unterhaltung in den sozialen Netzwerken, bei dem der Verdächtige angeblich einem Militärangehörigen der Donezker Volksrepublik die geographischen Koordinaten des Denkmals mitteilt:

"Eine Kalibr-Rakete zur Zerstörung des Bandera-Denkmal in Lwow. Koordinaten 49°50'09"N 24°00'20"E."

Laut dem ukrainischen Sicherheitsdienst sollte der Angeklagte die Raketenschläge gegen das Denkmal korrigieren.

Zuvor hatte der SBU einen russischsprachigen ukrainischen Blogger verhaftet, der die Diskriminierung der russischen Sprache in Lwow kritisierte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ed09b7b480cc5f525000bb.jpg>

Denkmal für den ukrainischen Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera, zu finden in Lwow unter den Koordinaten 49°50'09"N 24°00'20"E

15:48 de.rt.com: Ukrainische Truppen erleiden Verluste beim Rückzug bei Soledar wegen eigener chaotischer Gebietsverminung

Im Rückzug begriffene Einheiten der ukrainischen bewaffneten Formationen in der Nähe von Soledar in der Volksrepublik Donezk haben durch ihre eigenen, zuvor chaotisch und weitflächig verteilten Landminen unwiederbringliche Verluste erlitten, informiert der Sprecher der Volksmiliz der mit Donezk verbündeten Volksrepublik Lugansk, Oberstleutnant Andrei Marotschko:

"Wir registrieren weiterhin Fälle, dass ukrainische Fahrzeuge und Militärpersonal auf ihren eigenen Minenfeldern Landminen auslösen. Im Bereich der Ortschaft Soledar erlitten sich zurückziehende ukrainische Einheiten Verluste an Personal, tot wie verwundet, und gingen auch zweier Fahrzeuge verlustig durch chaotisches Verminen des Geländes."

Am 4. August gab die LVR-Volksmiliz bekannt, dass verbündete russische Einheiten sowie Einheiten der beiden Volksmilizen Donezk und Lugansk um die ersten Abschnitte des Industriegebiets von Soledar in der Volksrepublik Donezk kämpften, das aktuell noch unter der Kontrolle der ukrainischen Armee steht. Am Mittwoch erklärte der stellvertretende Innenminister der LVR, Witalij Kisseljow, die verbündeten Streitkräfte seien dicht an den südöstlichen Stadtrand von Soledar herangerückt: Die Kämpfe seien bei der Fabrik der Firma Knauf Gips und beim dortigen Bahnhof ausgebrochen.

16:52 (15:52) novorosinform.org: **Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine zerstören während des Rückzugs die Landwirtschaft der DVR**

Der Minister für Agroindustriepolitik und Ernährung der DVR Artjom Kramarenko erklärte, dass das ukrainische Militär, das sich aus dem Donbass zurückzieht, vorsätzlich die landwirtschaftliche Infrastruktur zerstöre.

Darüber hinaus ordneten die Kiewer Behörden die Entfernung von Unterlagen und Datenbanken im Zusammenhang mit der Agrarindustrie an, berichtet RIA Novosti.

Laut Kramarenko werden die Behörden der Republik gezwungen sein, die Landwirtschaft in den befreiten Gebieten von Grund auf neu zu entwickeln. Er stellte fest, dass eines der größten Probleme die Verminung von Getreidefeldern sei.

„Ein separates Thema sind Minen auf Feldern und die Überreste explosiver Munition ... das ist eine Arbeit, die unser Ministerium für Notsituationen und das Militär für ein weiteres Jahr beschäftigen wird“, sagte Kramarenko.



https://novorosinform.org/content/images/03/98/50398_720x405.jpg

16:16 de.rt.com: **Dank Ukraine-Krieg und "Sondervermögen" der Bundeswehr: Rheinmetall fährt Rekordgewinn ein**

Nicht "alle" werden aufgrund der antirussischen Sanktionen ärmer, wie selbst der deutsche Wirtschaftsminister unlängst anmerkte. Der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall freut sich vielmehr aufgrund des Ukraine-Kriegs über seinen Rekordumsatz von 2,7 Milliarden Euro.

Da haben sich die Waffenlieferungen in die Ukraine endlich doch gelohnt: Der Rüstungskonzern und Autozulieferer Rheinmetall hat laut Angaben des [Handelsblatts](#) allein im ersten Halbjahr 2022 bereits einen Rekordgewinn erzielt. Die Düsseldorfer Rüstungsschmiede verzeichnete am Freitag ein Umsatzplus um 3,5 Prozent auf insgesamt 2,7 Milliarden Euro – der operative Gewinn daraus stieg sogar um acht Prozent auf 206 Millionen Euro. Das sind Netto nun 134 Millionen gegenüber "nur" 31 Millionen Euro im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Vorstandsvorsitzende Armin Papperger kommentierte das Ergebnis freudig:

"Rheinmetall bleibt auf Wachstumskurs. [...] Wir verzeichnen steigende Auftragseingänge – auch in unserem zivilen Geschäft."

Er betonte mit Blick in die Zukunft:

"Und angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage werden wir in den kommenden Monaten und Jahren mit unseren Produkten in vielen Ländern zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit beitragen."

Im Februar hatte Bundeskanzler Olaf Scholz als Sofort-Reaktion auf die Eskalation im Ukraine-Krieg einen massiven Ausbau der [Bundeswehr](#) angekündigt. Das als

"Sondervermögen" deklarierte größte, zusätzliche Aufrüstungspaket in der Geschichte der

Bundeswehr kostet die deutschen Steuerzahler 100 Milliarden Euro – neben dem "normalen" Wehretat im alljährlichen Haushaltsplan. Bereits Ende Februar unterbreitete der Düsseldorfer Konzern Rheinmetall eiligst der Bundesregierung ein "Angebot" über [42 Milliarden Euro](#) für "seinen" Anteil an diesem Aufrüstungsprogramm.

16,6 Milliarden Euro aus dem "Sondervermögen" sind nun für Ausgaben in die rheinischen Verkaufsschlager "Marder" und "Fuchs" sowie für das nagelneue "Hauptbodenkampfsystem" (MGCS) des seit 1889 bestehenden Rüstungsgiganten geplant.

Im Jahre 2021 hatte Rheinmetall bei einem Umsatz von 5,6 Milliarden Euro über das ganze Kalenderjahr gerechnet sein operatives Ergebnis bereits um die Hälfte auf seinerzeit 608 Millionen Euro für 2021 gesteigert. Dabei bildete das Rüstungsgeschäft den größten Anteil – vor der Automobilzuliefersparte. Infolge des Krieges in der Ukraine stieg der Aktienkurs des Dax-Konzerns von 93 Euro Mitte Februar innerhalb weniger Wochen bis auf zeitweise über 220 Euro als Spitzenwert im Mai und notiert am Freitag noch immer bei 176 Euro.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ecf71bb480cc468777fb14.jpg>

Armin Papperger, Chef von Rheinmetall, steht lachend vor HX-Logistikfahrzeugen vom Rheinmetall-Kompetenzzentrum Unterlüß nahe dem traditionsreichen (groß-)deutschen Waffenerprobungsgelände in der Lüneburger Heide anlässlich der Sommerreise des niedersächsischen Wirtschaftsministers am 14. Juli 2022.

16:21 de.rt.com: **Ukraine schließt Stadt Nikolajew für "Suche nach Kollaborateuren"**

In der südukrainischen Hafenstadt Nikolajew wird für die angebliche Suche nach "Helfern der russischen Armee" eine mehr als zweitägige Ausgangssperre verhängt.

"Am Wochenende wird die Stadt geschlossen, kaufen Sie rechtzeitig Wasser und Lebensmittel. Wir arbeiten, darunter mit Hinblick auf die Kollaborateure", sagte Gouverneur Witalij Kim am Freitag in einer Videobotschaft. Die allgemeine Ausgangssperre gilt demnach von Freitag 23.00 Uhr Ortszeit (22.00 MESZ) bis Montag 5.00 Uhr Ortszeit (4.00 MESZ).

Der Gouverneur hatte die Sperre bereits im Juli angekündigt. Für Hinweise auf Artilleriebeobachter, die das russische Feuer auf Objekte in der Stadt lenken, hatte der 41-Jährige zudem eine Prämie von umgerechnet knapp 100 Euro ausgelobt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ed12cbb480cc3f14111a8c.jpg>

Der Gouverneur von Nikolajew, Witalij Kim

16:37 de.rt.com: **Atomkraftwerk Saporoschje erneut unter Beschuss - Brand ausgebrochen**

Russische Kriegsreporter melden, dass die ukrainischen Streitkräfte das Territorium des Kernkraftwerks Saporoschje erneut beschossen hätten. Die Stromleitungen, die zur Versorgung der Aggregate dienen, seien dabei beschädigt worden und ein Brand sei ausgebrochen.

17:50 (16:50) novorosinform.org: **Befehl zum sicheren Tod: Die Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine weigerten sich, zu ihren Stellungen in Peski zurückzukehren**

Das Kommando der Streitkräfte der Ukraine befahl dem ukrainischen Militär, nur mit Maschinengewehren bewaffnet, zu seinen verlorenen Stellungen in der Nähe des Dorfes Peski bei Donezk zurückzukehren. Dies teilten Angehörige des 2. Bataillons der 56. Brigade der Streitkräfte der Ukraine in ihrem Appell an den Präsidenten der Ukraine, Wladimir Selenskij, mit.

Laut einem Sprecher der Brigade wurden die Ukrainer nach nur wenigen Tagen der Vorbereitung an die Front geschickt. Nachdem sie fast rund um die Uhr unter starkem Artilleriebeschuss der alliierten Streitkräfte standen, gaben sie ihre Stellungen auf. Nun muss das ukrainische Militär laut Befehl die verlorenen Linien erneut besetzen. Allerdings verspricht ihnen niemand Unterstützung durch Artillerie, geht aus dem Appell von Vertretern der Streitkräfte der Ukraine hervor, der vom Telegram-Kanal "Berichte der Miliz Z" [veröffentlicht](#) wurde.

"Wir werden ständig angewiesen, in Stellungen zurückzukehren, die weiterhin beschossen werden, und sie wieder aufzubauen. Das Personal ist schlecht ausgerüstet, nur mit Maschinengewehren bewaffnet", erklärte ein Angehöriger der 56. Brigade.

Er fügte hinzu, dass das Kommando der Streitkräfte der Ukraine seine Soldaten „in den sicheren Tod“ schicke. Das ukrainische Militär weigert sich, solche kriminellen Befehle auszuführen.



https://novorosinform.org/content/images/04/05/50405_720x405.jpg

16:56 de.rt.com: **Putin: EU sollte der Türkei für Gas-Transit über TurkStream-Pipeline dankbar sein**

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdoğan führen zurzeit Gespräche in Sotschi, berichtet RIA Nowosti. Zu Beginn des Treffens bezeichnete Putin TurkStream (ehemals: Turkish Stream) als eine der wichtigsten Arterien für die Versorgung Europas mit russischem Gas, wofür die regionalen Partner der Türkei dankbar sein sollten. Er betonte:

"TurkStream funktioniert im Gegensatz zu allen anderen Routen für unsere Kohlenwasserstoff-Lieferungen einwandfrei, rhythmisch und ohne Ausfälle."

Außerdem dankte der russische Präsident seinem türkischen Amtskollegen für die Lösung des Problems der Getreide-Lieferungen aus der Ukraine. Er äußerte auch die Hoffnung auf die Unterzeichnung eines Memorandums über die Entwicklung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Darüber hinaus schlug der russische Staatschef vor, die Lage in Syrien zu erörtern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ed2dec480cc48337c028e.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdoğan in Sotschi

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 5. August 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 19 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

Mehr als 5800 Menschen haben sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens gewandt.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen, Funkrelaisleitungen wurden am einem Kommunikationsobjekt in Wolnowacha motniert.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Sachanka, Krasnyj Liman, Nowoje, Losowoje und Rubzy durchgeführt.

Verbraucher in Sartana, Talakowka und Mariupol wurden an die Gasversorgung angeschlossen

Zivilschutzkräfte haben mehr als 21 Hektar Territorium untersucht und 839 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka und Jassinowataja abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:05 de.rt.com: **Nach Kritik an Waffenlieferungen: Britische Politiker erklären Jeremy Corbyn zu Putin-Spion**

Weil er sich für Friedensverhandlungen mit Russland aussprach, haben britische Medien und Politiker eine Hexenjagd gegen den ehemaligen Labour-Chef und britischen Abgeordneten Jeremy Corbyn eröffnet. Der ehemalige Labour-Abgeordnete Mike Gapes bezeichnete Corbyn gar als "Agenten des russischen Imperialismus".

Der ehemalige Labour-Chef Jeremy Corbyn ist von britischen Politikern und der Presse wegen seiner erst kürzlich geäußerten Kritik an der Entscheidung Großbritanniens, Militärhilfe an die Ukraine zu schicken, anstatt friedliche Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu suchen, als "alter Gauner" sowie "Schande" bezeichnet worden. Hintergrund der in Großbritannien entbrannten Hexenjagd gegen Corbyn ist ein Interview mit dem libanesischen Fernsehsender Al Mayadeen, in dem der ehemalige Labour-Vorsitzende erklärte, dass die Bereitstellung von Militärhilfen den Konflikt nur "verlängert und verschlimmert".

"Waffenlieferungen führen nicht zu einer Lösung. Es wird diesen Krieg nur verlängern und verschlimmern", sagte Corbyn und gab damit die Haltung Moskaus zur westlichen Militärhilfe für die Ukraine wieder. Anstatt den Frieden zu suchen, so der Abgeordnete aus Nord-Islington weiter, seien die Staats- und Regierungschefs der Welt auf "noch mehr Krieg und noch mehr Kriegstreiberei" aus:

"Dieser Krieg ist eine Katastrophe für das ukrainische Volk, für das russische Volk und für die Sicherheit der ganzen Welt, und deshalb muss mehr, viel mehr für den Frieden getan werden." In dem Interview beklagte Corbyn außerdem die Tatsache, dass "Ukrainer sterben" und "russische Soldaten sterben", während er die NATO-Erweiterung als "größere Belastung und größeren Stress" verurteilte. "Ukrainer sterben und Ukrainer sind ins Exil gegangen, Tausende und Abertausende. Und russische Soldaten sterben, eingezogene junge russische Soldaten sterben." Deshalb müsse von der Weltgemeinschaft auch "mehr, viel mehr für den Frieden" getan werden.

Der britische Politiker schlug in diesem Zusammenhang vor, dass internationale

Organisationen wie die Afrikanische Union in die Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine einbezogen werden sollten. Wenn die UNO nicht helfen könne, so Corbyn, dann sollte die Afrikanische Union oder die Arabische Liga vermitteln, da sie "kein direktes wirtschaftliches Interesse haben, so oder so". Eine Beendigung des Krieges würde es auch ermöglichen, fuhr der ehemalige Labour-Chef abschließend fort, dass wieder mehr russisches Gas nach Europa strömt. Mit Blick auf den sich anbahnenden Gasmangel im Westen fügte er hinzu, dass Länder wie Deutschland ohne dieses Gas "nicht überleben" könnten.

Aussagen, die dem britischen Polit-Establishment offenbar bitter aufstießen. So bezeichnete der Tory-Abgeordnete Alexander Stafford die Haltung des ehemaligen Labour-Chefs unter anderem als schändlich. "Diese Äußerungen sind eine absolute Schande und zeugen von der schlimmsten Art der Beschwichtigung", sagte er der Daily Mail. Die Geschichte habe deutlich gezeigt, "dass der einzige Weg, Despoten davon abzuhalten, Unschuldige anzugreifen, darin besteht, Stärke zu zeigen", so Stafford.

Auch Tobias Ellwood, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und ehemaliger Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs, kritisierte die Ansichten Corbyns scharf. Gegenüber der britischen Zeitung The Telegraph erklärte er:

"Corbyn versteht nicht, dass die geopolitischen Folgen der Unterstützung der Demokratie gelegentlich den Einsatz harter Gewalt erfordern."

Der ehemalige Labour-Abgeordnete Mike Gapes bezichtigte Corbyn auf Twitter gar, ein Agent des "russischen Imperialismus" zu sein. "Genau richtig. Corbyn und seine Sekte wollen, dass Putin gewinnt. Sie sind in der Tat Agenten des russischen Imperialismus."

An der Verleumdungs- und Hetzkampagne gegen den ehemaligen Labour-Chef sind allerdings nicht nur Vertreter des britischen Polit-Establishments beteiligt. Auch die englische Boulevard-Presse nutzte Corbyns Interview als Vorwand, um den bei der Bevölkerung laut Umfragen beliebten Politiker in ein schlechtes Licht zu rücken und zu diskreditieren. Corbyn habe das Interview einem libanesischen Fernsehsender gegeben, "der das prorussische Assad-Regime in Syrien und die von Iran unterstützte Terrorgruppe Hisbollah unterstützt", beginnt ein Artikel des Boulevard-Blatts Daily Mail:

"Das ist genau die Art von Sender, die der alte Gauner zu bevorzugen pflegt."

Angeichts Corbyns Ansicht, friedliche Verhandlungen mit Wladimir Putin zu suchen, statt "Waffen in die Ukraine zu liefern", sollte Großbritannien "dankbar sein", so die Daily Mail weiter, "dass Jeremy Corbyn vor fast drei Jahren von den Wählern abgewählt wurde. Wäre er in Nr. 10 (Verweis auf die Residenz des britischen Premierministers in der Downing Street Nr. 10 in London, Anm. d. Red.) gewesen, würde Wladimir Putin vielleicht nicht nur die gesamte Ukraine besetzen, sondern auch Osteuropa bedrohen."

Zwar würde in den Aussagen des "alten Marxisten" auch ein "Fünkchen Sinn" stecken, schreibt der Autor des Daily Mail-Artikels weiter. Allerdings müsse man "tief graben, um diesen zu finden, und sich dabei durch eine Menge antiwestlichen Unsinn, prorussische Sympathien und feuchtes Denken wühlen". Auch die COVID-19-Pandemie brachte das Boulevardblatt ins Spiel:

"Ich bin mir übrigens ziemlich sicher, dass eine Corbyn-Regierung aus der Pandemie ein Schweineohr gemacht hätte. Ich bezweifle sehr, dass wir mit Jeremys zittriger Hand am Ruder den Impfstoff eingeführt hätten, bevor die EU die Kurve gekriegt hätte. Dann wären wir wahrscheinlich immer noch in der Abriegelung gefangen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ecbb0f48fbef280c67219e.jpg>

Der ehemalige Labour-Chef Jeremy Corbyn ist derzeit einer Hetzjagd der britischen Presse ausgesetzt.

17:24 de.rt.com: **Brüssel gibt Datum des Inkrafttretens des EU-Embargos gegen russische Kohlekäufe bekannt**

Das EU-Embargo für den Kauf russischer Kohle werde wie geplant am 10. August in Kraft treten, und alle EU-Länder müssen es trotz der Energiekrise einhalten. Dies erklärte der Sprecher der EU-Kommission Eric Mamer am Freitag bei einem Briefing in Brüssel. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass Brüssel trotz der EU-Pläne für einen Übergang zu umweltfreundlicher Energie ausnahmsweise die umfassende Nutzung von Kohle in der EU zulässt.

Die Mitgliedstaaten wollen bis 2050 eine kohlenstofffreie Wirtschaft aufbauen. Zu diesem Zweck hatten die meisten EU-Länder bis 2022 die Stromerzeugung aus Kohle, die den größten Kohlenstoffausstoß in die Atmosphäre verursacht, deutlich reduziert. Da sich die Energiekrise in der EU jedoch durch die EU-Sanktionen verschärft hat, hat die Kommission den Mitgliedstaaten erlaubt, zur Kohleverstromung zurückzukehren, um die Auswirkungen der rasch steigenden Energiepreise auf die EU-Wirtschaft zu verringern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ed1c4548fbef483700ada9.jpg>

17:57 de.rt.com: **Lettland setzt Visumerteilung für Russen aus**

Die lettische Botschaft in Russland hat angekündigt, dass sie auf unbestimmte Zeit keine Visa mehr für Russen ausstellen wird. Die diplomatische Vertretung teilte in einer Erklärung auf Twitter mit:

"Die lettische Botschaft in Russland hat die Annahme von Visumanträgen für Bürger der

Russischen Föderation auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, außer für die Teilnahme an der Beerdigung eines nahen Verwandten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ed1d71b480cc4694644029.jpg>

abends:

18:08 de.rt.com: Lawrow: **US-Versuche, die Welt zu dominieren, sind vergeblich**

Der russische Außenminister bezeichnet die Versuche der USA, die Welt zu beherrschen, als erfolglos. Seiner Meinung nach hat Washington einen Kurs eingeschlagen, bei dem es darum gehe, die Unabhängigkeit anderer Staaten zu unterdrücken. Moskau glaubt, dass die Zukunft den souveränen Staaten gehört.

Die Ausrichtung der US-amerikanischen Politik, alle Teile der Welt zu dominieren und die Autonomie anderer Länder zu unterdrücken, hat keine Zukunft. Dies erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow bei einem Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi während der Ministertagung des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Der Außenminister kritisierte, dass die USA versuchten, "ihre Vorherrschaft" in der ganzen Welt zu behaupten und sich "selbst ermächtigt" zeigten. Lawrow sagte:

"Wer das verfolgt, versteht jedes Mal, wie sinnlos eine Politik ist, bei der man vor einer Situation, einer von den USA verursachten Krise, die Augen verschließt und erwartet, dass alles mehr oder weniger gut wird. Nein, die US-Amerikaner haben den Kurs eingeschlagen, jegliche Unabhängigkeit zu unterdrücken."

Er wies darauf hin, dass sowohl das Vorgehen der USA in der Ukraine, wo Washington eine "rassistische Politik" ignorierte und eine "Bedrohung" für Moskau heraufbeschwor, als auch der Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan trotz chinesischer Proteste Beispiele für diese Vorgehensweise und die Verletzung ihrer eigenen Grundsätze seien.

Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass in der Welt eine neue Periode der Geschichte begonnen hat, da das unipolare System, das "westliche und sogenannte supranationale Eliten" erhalten möchten, abgebaut werde. In dieser neuen Periode werde die Entwicklung jedoch von "wirklich souveränen Staaten" gewährleistet, sagte das Staatsoberhaupt.

Im vergangenen Jahr hatte US-Präsident Joe Biden mitgeteilt, dass Russland und China "auf Autokratie setzen" und die Demokratie daher aufstehen und zeigen müsse, was sie drauf hat. Außerdem wies er darauf hin, dass die Vereinigten Staaten an der Spitze der freien Welt stehen sollten, da niemand sonst auf der Welt diese Rolle spielen könne. Der US-

amerikanische Staatschef fügte auch hinzu, dass die US-amerikanischen Truppen "auf den Schlachtfeldern der ganzen Welt" für die Demokratie "kämpfen", weil die Demokratie "in Gefahr" ist und ihr Kampf gegen den Autoritarismus in vollem Gange sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ed0f1648fbef47cd6b5f0a.jpg>

Der russische Außenminister Sergei Lawrow trifft den chinesischen Außenminister Wang Yi in Kambodscha, 5. August 2022.

19:16 (18:16) novorosinform.org: **Ukrainische Behörden beschlagnahmen mehr als 900 russische Objekte**

Das Ministerkabinett der Ukraine bestätigt das Dekret von Präsident Selenskij über die Beschlagnahmung von Hunderten russischer Gegenstände.

Der Premierminister der Ukraine, Denis Schmygal, kündigte während eines Regierungstreffens die Beschlagnahmung von mehr als 900 Objekten russischen Eigentums und Vermögens an, berichtet die „Strana“.

Ihm zufolge werde das entsprechende Dekret von Präsident Selenskyj heute bestätigt.

„Es wird vorgeschlagen, 903 Objekte des russischen Staates zu beschlagnahmen. 79 Positionen sind Unternehmensrechte, 824 Positionen sind Eigentum“, erklärte Schmygal.



https://novorosinform.org/content/images/04/17/50417_720x405.jpg

18:19 de.rt.com: **Wegen Pelosi-Besuch in Taiwan: China sagt Arbeitstreffen mit USA ab**

Als Reaktion auf den Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan haben chinesische Behörden die militärische und strafrechtliche Zusammenarbeit mit den USA ausgesetzt. Peking kündigte zudem an, Sanktionen gegen Pelosi selbst zu verhängen.

Peking hat als Reaktion auf den Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan ein Arbeitstreffen zwischen Vertretern der Militärministerien von China und

den USA abgesagt. Dies geht aus einer Erklärung auf der Webseite des chinesischen Außenministeriums hervor.

China setzt außerdem die Zusammenarbeit mit den USA bei der Rückführung illegaler Einwanderer, bei der Rechtshilfe in Strafsachen, bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und bei der Drogenbekämpfung aus. Weiterhin sagte China Gespräche auf der Ebene der regionalen Militärkommandos von China und den USA ab.

Peking versprach auch, Sanktionen gegen Pelosi und ihre Angehörigen zu verhängen.

Pelosis Sonderflug landete am 2. August trotz Pekings Einwänden in Taiwan. Beim Verlassen des Flugzeugs sagte die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, das Hauptziel der US-Delegation sei die Unterstützung der "lebendigen und dynamischen" Demokratie in Taiwan. Am 3. August verließ die Politikerin das Land.

Als Reaktion auf den Besuch startete China eine massive Militärübung in Taiwans Gewässern. Der chinesische Außenminister Wang Yi bezeichnete den Besuch von Pelosi als "eklatante absichtliche Provokation", die von der US-Seite vorgeplant worden sei.

Auch Moskau verurteilte den Besuch von Pelosi. Laut dem russischen Präidentensprecher Dmitri Peskow wurden die Spannungen in der Region und um Taiwan "künstlich provoziert". Er stellte fest:

"Es war ein völlig unnötiger Besuch und eine unnötige Provokation."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ed2869b480cc469464403b.jpg>

18:26 de.rt.com: **Russische Botschaft in Washington: Westen fällt es immer schwerer, Wahrheit zur Ukraine zu verschweigen**

Der Bericht von Amnesty International über Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht durch ukrainische Truppen zeige, dass es immer schwieriger wird, die Wahrheit zu verheimlichen, so die russische Botschaft in den USA. In einer Erklärung betonte die diplomatische Vertretung laut [RIA Nowosti](#):

"Die Resonanz rund um diese Veröffentlichung zeigt: Es wird immer schwieriger, die Wahrheit zu verschweigen."

Die Botschaft äußerte die Hoffnung, dass die Studie der Menschenrechtsorganisation den Menschen in den Vereinigten Staaten helfen würde, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Am Donnerstag wurde ein Bericht von Amnesty International veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass die ukrainischen Truppen gegen das Kriegsvölkerrecht und das Militärrecht verstoßen, indem sie Waffen und Kriegsgerät in Schulen und Krankenhäusern in den Städten stationieren und damit Zivilisten in Gefahr bringen.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 20:00 Uhr am 04.08.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 300 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, „Uragan“ (bestückt mit Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“), Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von 12 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist, 15 wurden verletzt**. 13 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 8 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

19:28 de.rt.com: **EU billigt Beschluss zur Senkung des Gasverbrauchs um 15 Prozent**

Der EU-Rat hat am Freitag eine freiwillige Senkung des Gasverbrauchs in der EU um 15 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der letzten fünf Jahre bewilligt. Der Beschluss gilt für den Zeitraum vom 1. August 2022 bis zum 31. März 2023 und umfasst auch alle Ausnahmen von dieser Vorschrift für die EU-Länder. Dies geht aus einer in Brüssel veröffentlichten Erklärung des EU-Rates hervor. Darin heißt es:

"Um die Energieversorgungssicherheit zu verbessern, hat der Rat heute eine Norm für eine freiwillige Reduzierung der Erdgasnachfrage um 15 Prozent in diesem Winter gebilligt."

Das Dokument legt auch fest, dass die EU-Kommission im Falle einer Unterbrechung der Gasversorgung die Zustimmung der EU-Mitgliedstaaten im EU-Rat einholen muss, wenn sie einen "unionsweiten Gas-Alarm" ausrufen und eine obligatorische Verringerung des Verbrauchs fordern möchte.

Darüber hinaus hat der Rat "verschiedene Ausnahmen und Möglichkeiten gebilligt, diese Anforderung teilweise oder vollständig zu erfüllen, in Übereinstimmung mit den spezifischen Bedingungen der EU-Länder, und um sicherzustellen, dass die Reduzierung des Gasverbrauchs tatsächlich zur Verbesserung der Gasversorgungssicherheit in der EU beiträgt".

Der EU-Rat merkte an, dass es sich dabei um eine "außergewöhnliche und vorübergehende Maßnahme für eine Heizperiode" handelt. Im Mai 2023 wird die EU-Kommission eine Analyse der Umsetzung vorlegen müssen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ed3314b480cc4605494168.jp>

